

Entwurf Stand 24.7.2012  
Resolution gegen Fracking

Der Gemeinderat der Stadt XXX spricht sich in aller Deutlichkeit gegen die bereits genehmigten Aufsuchungen und die zukünftige Erschließung unkonventioneller Gasvorkommen (Fracking) auf dem Gebiet der Stadt XXX, den Teilorten und in der gesamten Region und auch grundsätzlich aus. Ebenso gegen mögliche Explorations- und Probebohrungen, als auch Bohrungen zur tatsächlichen Erdgasgewinnung im großtechnischen Maßstab.

Bei den Frackingverfahren wird dichtes Speichergestein unter hohem hydraulischem Druck, mit Wasser und unter Einsatz von Sand und unzähligen toxischen Chemikalien aufgebrochen (engl. Fracking). Die dadurch entstehende bessere Wegsamkeit im Gestein erleichtert den Austritt und damit die Gewinnung des Erdgases. Die Befürchtung des Gemeinderates der Stadt XXX sowie vieler Verfahrenskritiker bezieht sich auf die zum Einsatz kommenden toxischen chemischen Zusatzstoffe (Additive) von denen einige im Verdacht stehen, karzinogen (krebserzeugend) zu wirken. Die Sorgen um Grund- und Trinkwassergefährdung auch im Hinblick auf die Landwirtschaft insgesamt wiegt in unserer Region als Quellgebiet des Bodensees sowie auch die Zuflüsse der Donau besonders schwer.

Die Mehrheit der Studien ist zu dem Ergebnis gekommen, dass Fracking ein enormes hohes Risiko darstellt, durch Unfälle an Bohrplätzen, beim Transport der Stoffe und durch undichte Bohrungen. Das Verfahren selbst gefährdet Grund- und Trinkwasser. Frackwasser stellt weitere Gefahren u.a. für Boden und Wasser dar. Durch die Vervielfachung der Bohrungen vervielfacht sich auch die Wahrscheinlichkeit von Zwischenfällen.

Gemeinsam mit weiteren Kommunen in Baden-Württemberg setzt sich die Stadt XXX dafür ein, dass das Bergrecht geändert wird. Die Erschließung unkonventioneller Gasvorkommen sollte demnach ganz verboten werden. An den Genehmigungsverfahren für diese umstrittene Erdgasförderung sollen die Kommunen und Kreise zukünftig als Träger öffentlicher Belange maßgeblich beteiligt werden.

Wie die Gemeinden Hohenfels, Wald, Herdwangen-Schönach, Konstanz, Pfullendorf, die Bodensee-Wasserversorgung, der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, der Deutsche Bauernverband, die Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB) und das Institut für Kirche und Gesellschaft der Ev. Kirche von Westfalen und Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten in der EKD (AGU) sich in ihren Resolutionen gegen die Erschließung unkonventioneller Gasvorkommen ausgesprochen haben, fordert auch die Stadt XXX die Landesregierung Baden-Württemberg auf:

- das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau anzuweisen, das bei der Erdgasförderung umstrittene Fracking-Verfahren bis auf weiteres – sowohl im Bezug auf Erlaubnis zur Aufsuchung von Erdgaslagerstätten, als auch deren Förderungsbewilligung zur Erschließung unkonventioneller Gasvorkommen

auszusetzen und entsprechende Anträge im Hinblick auf das öffentliche Interesse abzulehnen

- sich bei der Bundesregierung sowie im Bundesrat durch eine Bundesratsinitiative für eine Änderung des veralteten Bergrechtes dahingehend einzusetzen, dass künftig bei allen bergrechtlichen Verfahren zum Fracking – beginnend bereits vor der Aufsuchungserlaubnis – neben einer Beteiligung der Gemeinden, Wasserbehörden, Naturschutzverbänden und Wasserversorgungsunternehmen mit diesen auch Einvernehmen hergestellt werden muss durch ein Planfeststellungsverfahren sowie die Einhaltung der EU Wasserrahmenrichtlinien. Bereits die Pläne müssen einer strategischen Umweltprüfung unterzogen werden.

-

XXX, den XXX 2012